

ANWENDUNG UND BERECHNUNG DER ANTEILIGEN KÜRZUNG DER ZUTEILUNGSMENGEN FÜR DIE ERSTE ZUTEILUNGSPERIODE NACH § 4 ABSATZ 4 ZUG 2007

In der Zuteilungsperiode 2005-2007 steht für alle bis einschließlich 2004 in Betrieb gegangenen vom Emissionshandel erfassten Anlagen in Deutschland eine jährliche Gesamtzuteilungsmenge von 495 Millionen Emissionsberechtigungen zur Verfügung. Das Zuteilungsgesetz 2007 (ZuG 2007) legt fest, dass die zuzuteilenden Menge an Emissionsberechtigungen für die einzelnen Anlagen anteilig gekürzt werden, wenn die Summe der Zuteilungen den Wert von 495 Millionen Berechtigungen pro Jahr übersteigt (§ 4 Absatz 4 ZuG 2007). Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass die Summe der tatsächlichen Zuteilungen an Berechtigungen für die Sektoren Energie und Industrie in den Jahren 2005-2007 die **gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze** (Cap) an Emissionen von 495 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr nicht überschreitet.

Die anteilige Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 wird allerdings nicht auf alle Zuteilungen in vollem Umfang angewandt. Ausgenommen sind zum Beispiel Zuteilungen nach den Zuteilungsregeln für frühzeitige Emissionsminderungen (Early Action) im Sinne des § 12 ZuG 2007 oder Zuteilungen für prozessbedingte Emissionen nach § 13 ZuG 2007. Daraus ergibt sich, dass bei Anwendung des § 4 Absatz 4 ZuG 2007 eine Vielzahl der Anlagen Zuteilungen erhalten, die kombiniert sind aus Komponenten, die von der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 freigestellt sind, und solchen, die der Kürzung unterliegen.

Zur **Kalkulation der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007** muss zuerst die Summe aller beantragten Zuteilungen, die nicht der Kürzung unterliegen, von den insgesamt 1,485 Milliarden Berechtigungen, die für die erste Zuteilungsperiode zur Verfügung stehen, abgezogen werden. Diese Differenz wird dann durch die Summe der tatsächlich beantragten Zuteilungen, die der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 unterliegen, geteilt. Das Ergebnis ist der Faktor für die anteilige Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007. Wenn die beantragten Zuteilungen, die der Kürzung unterliegen, die zur Verfügung stehende Menge übersteigen, wird der Faktor kleiner eins. Als Formel ausgedrückt:

$$k_{\S 4(4)} = \frac{1,485 \text{Mrd.} - V_{\text{ohne_k}\S 4(4)}}{E_{\text{mit_k}\S 4(4)}} = \frac{V_{\text{mit_k}\S 4(4)}}{E_{\text{mit_k}\S 4(4)}}$$

wobei

$V_{\text{ohne_k}\S 4(4)}$ = Summe aller beantragten Zuteilungen, die nicht der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 unterliegen = Menge an Berechtigungen, die für Zuteilungen, die nicht der Kürzung unterliegen, zur Verfügung steht

$V_{\text{mit_k}\S 4(4)}$ = Menge an Berechtigungen, die für Zuteilungen, die der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 unterliegen, zur Verfügung steht.

$E_{\text{mit_k}\S 4(4)}$ = Summe der beantragten Zuteilungen, auf die die anteilige Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 anzuwenden ist.

Nach den Zuteilungsregeln des ZuG 2007 wurde insgesamt eine zuzuteilende Menge von 1.527,3 Mio. t CO₂ berechnet. Diese Menge an Emissionsberechtigungen liegt damit über dem Maximalbudget von 1.485 Mio. t CO₂ für die Jahre 2005 bis 2007 (495 Mio. t CO₂ pro Jahr). Die Überschreitung beträgt für die drei Jahre zusammen 42,3 Mio. t CO₂ (14,1 Mio. t CO₂ pro Jahr). Bezogen auf das Gesamtbudget ergibt sich eine Überschreitung um 2,8 %. Unter Anwendung der beschriebenen Formel wurde der Faktor für die anteilige Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 berechnet. Er lautet:

$$k_{\S 4(4)} = 0,9537972599 ;$$

Im Rahmen der Bescheiderstellung hat die DEHSt diesen Faktor nachrichtlich auf vier Kommastellen gerundet als 0,9538 mitgeteilt. Bei der Berechnung der jeweiligen Zuteilungsmengen wurde allerdings der oben genannte exakte Wert zugrundegelegt.

Die Anwendung der Minderungsfaktoren - gesetzlicher Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 und der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 im Einzelnen

Freistellung vom gesetzlichen Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 sowie von der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007:

- Zuteilungen, bei denen **frühzeitige Emissionsminderungen** (Early Action) anerkannt wurden;
- Zuteilungen für **prozessbedingte Emissionen** - sofern die prozessbedingten Emissionen insgesamt 10% der Emissionen der Anlage übersteigen;
- Sonderzuteilungen für Anlagen mit **Kraft-Wärme-Kopplung** nach § 14 ZuG 2007 und für die **Einstellung des Betriebes von Kernkraftwerken** nach § 15 ZuG 2007;
- Zuteilungen nach § 8 ZuG 2007 auf Basis **angemeldeter Emissionen** - inklusive der Zuteilungen nach § 8 Absatz 6 ZuG 2007; hierbei handelt es sich um neue, moderne Anlagen, die in 2003 oder 2004 in Betrieb gegangen sind und daher in aller Regel nur geringe Emissionsminderungspotentiale aufweisen;

Zuteilungen für **Neuanlagen**, die ab dem 1.01.2005 in Betrieb genommen werden, erfolgen aus der Reserve nach § 6 Abs. 1 ZuG 2007; sie unterliegen nicht dem Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 und nicht der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007.

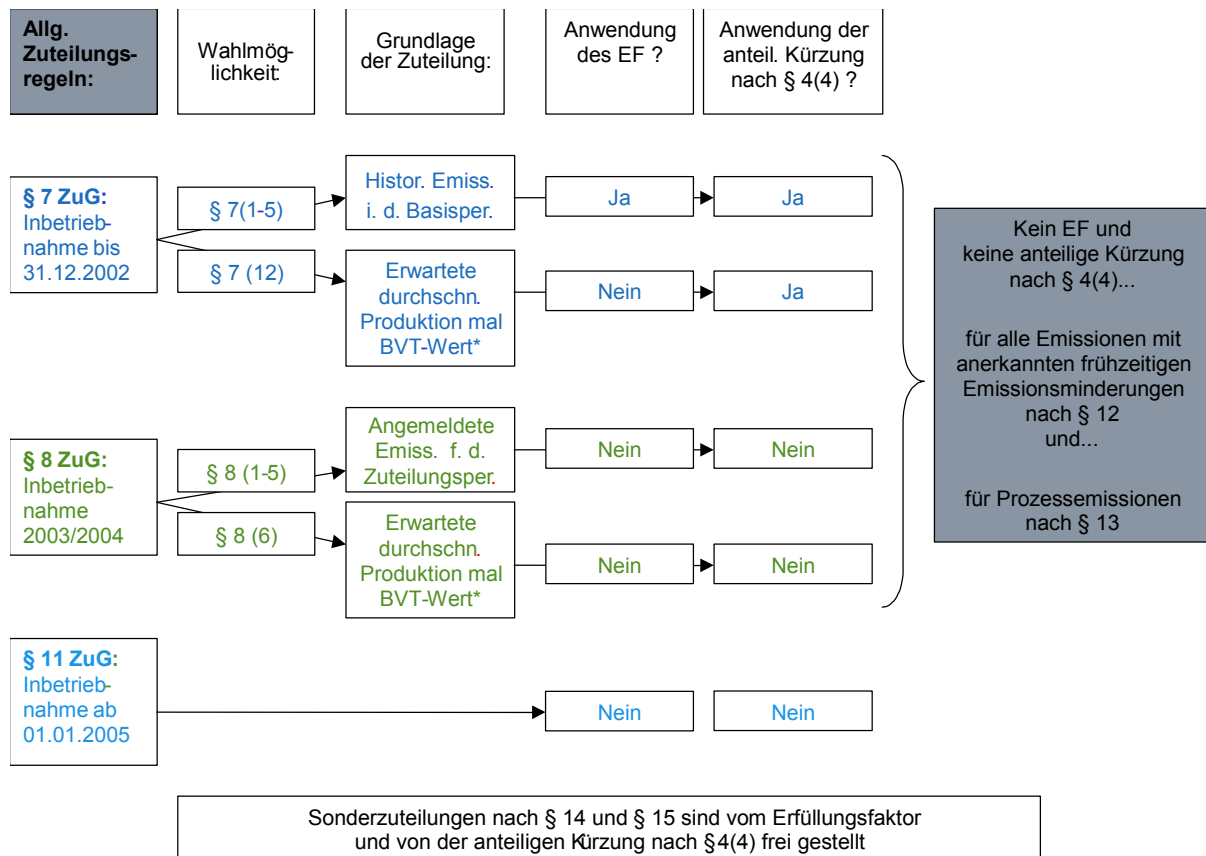
Anwendung der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007 und ggf. des gesetzlichen Erfüllungsfaktors nach § 5 ZuG 2007:

- Zuteilungen, die entsprechend § 7 Absätze 1-5 ZuG 2007 nach **historischen Emissionen in der Basisperiode** berechnet werden, unterliegen dem Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 und der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007;
- **Härtefall-Zuteilungen nach § 7 Absatz 10 ZuG 2007** unterliegen ebenfalls dem Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 und der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007; hiermit hat der Gesetzgeber einen wirksamen Ausgleich für solche Anlagen geschaffen, deren Produktion in der Basisperiode aufgrund besonderer Umstände atypisch gering gewesen ist. Eine über diesen Ausgleich hinausgehende Sonderbehandlung wäre

nicht gerechtfertigt. **Härtefall-Zuteilungen nach § 7 Absatz 11 ZuG 2007** unterliegen aus denselben Gründen ebenfalls grundsätzlich der Anwendung des Erfüllungsfaktors nach § 5 ZuG 2007 und der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007;

Zuteilungen nach § 7 Absatz 12 ZuG 2007 (sog. „Optionsregelung“) unterliegen der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007, jedoch nicht dem Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007. Dies begründet sich wie folgt: Bestandsanlagen nach § 7 ZuG 2007 unterliegen dem Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007 und damit auch der anteiligen Kürzung im Sinne des § 4 Abs. 4 ZuG 2007. Dies gilt auch für Bestandsanlagen, deren Betreiber von ihrem Wahlrecht auf die Optionsregelung Gebrauch machen. Die Verweise auf § 11 ZuG 2007 in §§ 7 Abs. 12 und 8 Abs. 6 ZuG 2007 sind so genannte Rechtsfolgenverweise. Damit werden die „optierenden“ Altanlagen keine Neuanlagen i.S. des § 11 ZuG 2007. Dementsprechend hat der Gesetzgeber in § 7 Abs. 12 ZuG 2007 auch nur die Anwendung der Reserve nach § 6 ZuG 2007 (für Neuanlagen) ausgeschlossen, nicht hingegen die anteilige Kürzung nach § 4 Abs. 4 ZuG 2007. Anders als bei den übrigen im ZuG 2007 vorgesehenen Ausnahmen vom Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007, die auf anlagenbezogenen Konstellationen beruhen (Inbetriebnahme ab 2003, frühzeitige Emissionsminderungen, prozessbedingte Emissionen) besteht allein in der Ausübung des Wahlrechtes durch den Betreiber kein Grund, diese Anlagen über die reinen Rechtsfolgen des § 11 ZuG 2007 hinaus (insb. kein Erfüllungsfaktor nach § 5 ZuG 2007) auch noch durch Ausnahme von der anteiligen Kürzung nach § 4 Abs. 4 ZuG 2007 besser zu stellen. Nach alledem unterliegen optierende Anlagen nach § 7 Absatz 12 somit der anteiligen Kürzung nach § 4 Abs. 4 ZuG 2007, optierende Anlagen nach § 8 Absatz 6 hingegen nicht.

Überblick über die Anwendung des Erfüllungsfaktors nach § 5 ZuG 2007 und der anteiligen Kürzung nach § 4 Absatz 4 ZuG 2007.



* BVT-Wert: Emissionswert je erzeugter Produkteinheit bei Zugrundelegung der besten verfügbaren Techniken